

## Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Die deutsch-koreanische Wertepartnerschaft stärken und zukunftsfest gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor nunmehr 140 Jahren nahmen Deutschland und Korea offizielle diplomatische Beziehungen miteinander auf. Die Unterzeichnung des deutsch-koreanischen Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages am 26. November 1883 markierte den Anfang einer heute engen und von einem hohen Maß an gegenseitiger Verbundenheit gekennzeichneten Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea, auch wenn diese Beziehungen im letzten Jahrhundert durch den Zweiten Weltkrieg, mit dem Deutschland Leid und Zerstörung über die Welt brachte, schwer erschüttert wurden. Umso dankbarer sind wir, dass unsere beiden Länder heute als Demokratien und Wertepartner für Frieden, Sicherheit, die Achtung der Menschenrechte und die regelbasierte internationale Ordnung eintreten. Vor dem Hintergrund sich verändernder geopolitischer Rahmenbedingungen verschaffen Deutschland und Südkorea diesen gemeinsamen Überzeugungen fortwährend Geltung. Die Unterstützung der Ukraine, die unter dem brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands leidet, zeugt von unserer Solidarität und unserem partnerschaftlichen Einsatz für die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.

Die Republik Korea ist als stabile Demokratie und erfolgreiche Wirtschaftsnation einer unserer wichtigsten Partner in Asien und spielt bei der Umsetzung der Indo-Pazifik-Leitlinien der Bundesregierung sowie der Indo-Pazifik-Strategie der Europäischen Union eine hervorgehobene Rolle. Wir begegnen den Herausforderungen unserer Zeit partnerschaftlich und in fortwährend enger Abstimmung. Die hochrangigen offiziellen Besuche in den letzten zwölf Monaten des Bundespräsidenten, der Außenministerin und des Bundeskanzlers – der erste bilaterale Besuch eines Bundeskanzlers seit 30 Jahren in der Republik Korea – ebenso wie der Besuch der koreanischen Ministerin für Gleichstellung und Familie und des koreanischen Verteidigungsministers in Berlin – tragen zum Momentum bei, welches unsere bilateralen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen in Zukunft weiter stärken wird.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea herrscht ein reger Austausch auf kultureller, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Als OECD-Mitgliedstaat ist Südkorea eine Stütze bei der Förderung einer auf Multilateralismus setzenden Stärkung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und wichtiger Handelspartner Deutschlands und der Europäischen Union. Die koreanische Kultur übt eine große Anziehungskraft auf viele Deutsche aus, ebenso wie die deutsche Kultur

auf viele Koreaner und Koreanerinnen. Zwischenmenschliche Kontakte werden über zahlreiche institutionelle und private Kanäle geknüpft und gepflegt. Insbesondere der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. (DAAD), das Goethe-Institut, die politischen Stiftungen, das Deutsch-Koreanische Forum und entsprechende koreanische Organisationen wie etwa die Korea Foundation oder auch das Alumni-Netzwerk Deutschland-Korea (ADeKo) leisten hier wertvolle Arbeit. Deutschland und Korea begehen dieses 140. Jubiläum in Dankbarkeit für diese so fruchtbare Kooperation und Freundschaft.

Die gemeinsame Erfahrung nationaler Teilung verbindet Deutschland und Korea in besonderem Maße. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea auf der einen und der DDR und Nordkoreas auf der anderen Seite waren geprägt vom Konflikt der Systeme. Innerhalb der jeweiligen Blocksysteme herrschte gegenseitige Unterstützung. In der Bundesrepublik Deutschland haben 8.000 Bergleute und 10.000 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen, die im Zuge des deutsch-koreanischen Anwerbeabkommens zwischen 1963 und 1977 aus der Republik Korea in die Bundesrepublik Deutschland kamen, Großes geleistet. Noch heute ist die koreanische Gemeinschaft in Deutschland die größte in ganz Europa. In der ehemaligen DDR erhielten viele nordkoreanische Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zu beruflicher und universitärer Fortbildung, wobei die Rahmenbedingungen deutlich restriktiver waren als in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 2011 tauschen sich Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft jährlich im deutsch-koreanischen Konsultationsgremium zu konkreten Fachfragen der Wiedervereinigung aus und erarbeiten Anregungen für den innerkoreanischen Annäherungsprozess. Das Deutsch-Koreanische Forum mit Vertretern beider Zivilgesellschaften erarbeitet seit 2002 jährlich Empfehlungen zur Vertiefung der vielfältigen bilateralen Beziehungen.

Während die Überwindung der Teilung der koreanischen Halbinsel und eine formale Beendigung des Koreakrieges weiter ausstehen, sind die mutigen Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR unter großen persönlichen Risiken gegen das repressive System der DDR aufgestanden und haben damit das Regime zum Einsturz gebracht. Das vereinte Deutschland unterstützt nach Kräften eine friedliche Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel. Die innerkoreanische Annäherung und etwaige Schritte, die zu einer Wiedervereinigung führen, müssen bilateral gestaltet werden. Deutschland ist gerne bereit, seine Erfahrungen zur Wiedervereinigung beizutragen, wenn dies gewünscht ist. Das Festhalten des nordkoreanischen Regimes am (Nuklear-)Waffenprogramm, die wiederholten militärischen Provokationen mit ballistischen Raketentests und die anhaltenden systematischen schwersten Menschenrechtsverletzungen, die laut UN Verbrechen gegen die Menschlichkeit konstituieren, erschweren jedoch zusehends diese Bemühungen. Wir setzen uns mit unseren südkoreanischen Partnern für die vollständige, unumkehrbare und überprüfbare Abkehr Nordkoreas von seinen Programmen zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen ein. Sie ist Voraussetzung für die Rückkehr zu einer Politik der Annäherung und die Lockerung der bestehenden Sanktionen.

Neben der nordkoreanischen Bedrohung und der besorgniserregenden Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel hat insbesondere der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Korea näher zusammenrücken lassen. Die russische Aggression gefährdet die Sicherheit und die regelbasierte internationale Ordnung nicht nur in Europa, sondern weltweit. Gemeinsam setzen wir uns für die Einhaltung des Völkerrechts ein und unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf für Freiheit, Selbstbestimmung und territoriale Integrität. Auch Südkorea steht an der Seite der Ukraine. Die im Juli 2023 beim Besuch des südkoreanischen Staatspräsidenten in der Ukraine angekündigten umfangreichen Hilfeleistungen zeugen von diesem Beistand. Mit Sorge betrachten wir demgegenüber die zunehmende Kooperation zwischen Russland und Nordkorea, die zu einer Umgehung der UN-Sanktionen gegen Nordkorea führen könnte.

Die Stärkung eines effektiven Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung sowie die Verteidigung von freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und dauerhaft gute Handelsbeziehungen stellen zentrale Elemente unserer Wertepartnerschaft dar. Indem Deutschland und Südkorea voneinander lernen und Kooperationen bilateral und im Rahmen der Europäischen Union sowie in den multilateralen Foren der G20 und der wiederholt auf Einladung erweiterten Runde der G7 ausbauen, bedienen wir uns unserer jeweiligen Stärken zum gemeinsamen Nutzen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die historischen Schritte zur Annäherung zwischen Südkorea und Japan, da eine engere Kooperation beider Staaten im Interesse von Frieden und Sicherheit in der Region ist. Südkorea ist zudem einer von nur vier NATO-Partnern in Asien (AP4) und damit ein bedeutender sicherheitspolitischer Anker in einer geopolitisch zunehmend wichtigen Region. Das bilaterale Kooperationsabkommen zwischen der NATO und der Republik Korea im Juli 2023 hat dies bekräftigt.

Die geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen sind für Deutschland und Südkorea in den vergangenen Jahren regional wie global größer geworden. Im Indo-Pazifik werden die Regeln der internationalen Ordnung durch einzelne Akteure zunehmend herausgefordert. Die Aufrüstung in der Region hat sich beschleunigt, geopolitische Spannungen verschärfen territoriale Konflikte, die Gefahr einer Eskalation nimmt zu, etwa durch die VR China nicht nur in der Straße von Taiwan. Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Korea stehen vor der Aufgabe, ihre Wirtschafts- und Innovationskraft in diesem dynamischen Umfeld zu sichern. Das seit 2011 bestehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Republik Korea, das erste Freihandelsabkommen der EU im asiatischen Raum, hat in diesem Bereich viele positive Impulse geliefert. Mittlerweile ist Südkorea für Deutschland nach der VR China und Japan der drittgrößte Handelspartner in der Region, für die Republik Korea ist Deutschland zugleich der wichtigste europäische Handelspartner. Um Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, ist es wichtig, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter zu stärken, beispielsweise im Bereich des digitalen Handels sowie bei der Entwicklung und dem Ausbau von Zukunftstechnologien, wie im Bereich der Erneuerbaren. So ist Südkorea einer der wichtigsten Partner für den deutschen Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort. Die Grundlage bilden über 600 offizielle Hochschulkooperationen zwischen mehr als 170 deutschen und über 100 südkoreanischen Hochschulen, zahlreiche Kooperationen vieler außeruniversitärer Institute und Zwillingsinstitute. Auch der Austausch in der beruflichen Bildung ist über das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das nationale Forschungszentrum KRI-VET (Korea Research Institute for Vocational Education and Training) intensiviert worden.

Als „digitaler Partner“ der EU nimmt die Republik Korea eine international herausragende Rolle ein. Zudem gilt es, auch als Lehre der Corona-Pandemie, den Aufbau resilienter Lieferketten zu fördern und einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Drittstaaten, nicht zuletzt von der VR China, zu verringern. Wir begrüßen die Zusammenarbeit der Republik Korea mit der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union in der Diversifizierung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Gemeinsam stärken Südkorea und Deutschland die internationalen Orientierungsrahmen für verantwortungsbewusstes Handeln der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. In einer globalisierten Wirtschaft kommt den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen eine besondere Bedeutung bei der Gestaltung eines fairen und freien Wettbewerbs zu. Gemeinsam mit unseren südkoreanischen Partnern setzen wir uns für die Verbreitung der OECD-Leitsätze auch über die OECD-Mitgliedstaaten hinaus in der Region ein, um verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu stärken, wie dies bereits im Rahmen der WTO geschieht.

Eine aktuelle und künftige Herausforderung betrifft den Umgang mit dem menschengemachten Klimawandel. Die Republik Korea plant, bis 2050 klimaneutral zu sein. Deutschland will dieses Ziel bis 2045 erreichen. Beide Länder stehen als exportorientierte Industrienationen vor ähnlichen Herausforderungen. Eine sozial gerechte, nachhaltige und marktwirtschaftliche Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft, die Dekarbonisierung der Industrie und der Umbau der Energie- und Transportsektoren hin zu erneuerbaren Energien und Antrieben sind drängende Aufgaben sowohl für Deutschland als auch für Südkorea. Beide Länder sind zudem vermehrt von Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Deutschland und Südkorea müssen weiter ambitioniert am Abbau von Umweltrisiken arbeiten und sich in multilateralen Foren engagiert für Nachhaltigkeit und den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzen. Wir begrüßen, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Korea eine noch engere Zusammenarbeit auf dem Weg zur Klimaneutralität vereinbart haben, den Start der Green Partnership zwischen der EU und Südkorea auf dem EU-Korea-Gipfel im Mai 2023 gerade zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie dass sich Deutschland und Südkorea aktiv am in Korea beheimateten Green Climate Fund beteiligen und Südkorea beabsichtigt, Mitglied des im Rahmen der G7 initiierten Klimaclubs zu werden.

Geringe Geburtenraten, alternde Bevölkerungen und damit einhergehend demographischer Wandel werden die Zukunft der deutschen und koreanischen Gesellschaft ebenfalls zentral prägen. Auch der technologische Wandel mit seiner weiter voranschreitenden Digitalisierung und Automatisierung und dem vermehrten Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird zu tiefgreifenden Veränderungen führen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Zudem bleibt die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine fortwährend wichtige gemeinsame Aufgabe. Von einem intensivierten bilateralen Dialog und Austausch zu sozialen und gesellschaftlichen Zukunftsthemen und den damit verbundenen Chancen und Herausforderungen können daher beide Länder profitieren.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung unter Einhaltung der haushälterischen Vorgaben auf,
1. den 140. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea zum Anlass zu nehmen, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Korea weiter zu stärken;
  2. die Regierung der Republik Korea in ihren Bemühungen zu unterstützen, eine friedliche Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel zu fördern und Nordkorea zur vollständigen, unumkehrbaren und überprüfbaren Beendigung seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen zu bewegen;
  3. bei der Sicherung resilienter Lieferketten und wirtschaftlicher Resilienz zusammenzuarbeiten und die deutsch-südkoreanischen Handels- und Investitionsbeziehungen weiter auszubauen, insbesondere bei Zukunftstechnologien wie Halbleitern, Batterien, Biotechnologie und erneuerbaren Energien;
  4. die Zusammenarbeit in der Energie- und Klimapolitik zu intensivieren, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und technologische und gesellschaftliche Innovationen auch zum Klimaschutz auszubauen;
  5. den Austausch zu geopolitischen und geoökonomischen Entwicklungen im Indo-Pazifik zu fördern, um eine friedliche und wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Region zu unterstützen und gemeinsam mit der Republik Korea in der Region für die Etablierung der OECD-Leitsätze und der von beiden Staaten ratifizierten ILO-Kernarbeitsnormen zu werben;

6. den Dialog auf politischer, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene zu sozialen und gesellschaftlichen Zukunftsthemen zu fördern, zum Beispiel zu Fragen der demographischen Entwicklung, der Geschlechtergerechtigkeit und Diversität sowie zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt;
7. hierbei wie auch in allen anderen Themen die gemeinsame Förderung von Bildung, Forschung und Innovation weiter intensiv voranzutreiben und die Bedeutung dieser Interessens- und Wertepartnerschaft wissenschaftsdiplomatisch zu betonen;
8. den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Auszubildenden und jungen Berufstätigen aus beiden Ländern weiter zu fördern;
9. die menschlichen und fachlichen Beiträge der in Deutschland lebenden Koreanerinnen und Koreaner, der ehemaligen koreanischen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter und ihrer nachfolgenden Generationen auch in Zukunft zu würdigen.

Berlin, den 17. Oktober 2023

**Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**

**Christian Dürr und Fraktion**





